



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 03. November 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 06. November 2023

Fokusthema: **Gesundheitspolitik**

Der Kantonsrat wird sich am Montag mit Vorstössen zur Gesundheitspolitik befassen. Diskutiert werden unter anderem ein Verbot von Konversionstherapien, Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt, die Attraktivität des Hausarztberufs, die Revision des Pflegegesetzes und ein einiges mehr. Den Anfang aber macht die Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend.

Volksinitiative «Gesunde Jugend Jetzt!»

Mit der Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend verlangen die Initiantinnen und Initianten eine stärkere Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ([5920](#)). Psychische Erkrankungen sollen besser verhütet, früher erkannt und rascher behandelt werden. Die Initiative ist in der Form der allgemeinen Anregung gehalten. Falls der Kantonsrat sie nicht vollumfänglich ablehnt, braucht es eine konkrete Umsetzungsvorlage und allenfalls auch einen Gegenvorschlag. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt einstimmig, den Regierungsrat mit der Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage im Sinne der Initiative zu beauftragen. Damit folgt sie dem Antrag des Regierungsrates. Fasst der Rat den entsprechenden Beschluss, muss der Regierungsrat bis im kommenden Sommer Bericht und Antrag vorlegen.

KSSG-Präsident Andreas Daurù (SP, Winterthur) 079 360 48 64

Motionen zu Hilfe in Notlagen und zu Gesundheitsberufen

Der Rat behandelt eine Reihe von Motionen, die der Regierungsrat ablehnt. Überweist sie der Kantonsrat, verpflichtet er die Regierung, innert zweier Jahre eine Vorlage zu unterbreiten. Mit der ersten traktandierten Motion fordert der Grüne Florian Heer mit Unterstützung aus der SP, der AL, der GLP und der Mitte ein Verbot von Konversionstherapien, die die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität verändern sollen ([KR-Nr. 183/2021](#)). Noch breiter abgestützt ist die Motion der Grünen Silvia Rigoni, die die Einrichtung zweier Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt fordert ([KR-Nr. 323/2021](#)). Der Vorstoss hat Unterzeichnerinnen aus allen Fraktionen mit Ausnahme der SVP. Aus der GLP kommt die Forderung, die vertrauliche Geburt gesetzlich zu regeln ([KR-Nr. 73/2022](#)). Kantonsrätin Christa Stünzi will mit ihrer Motion bewirken, dass die Praxis der vertraulichen Geburt bekannter wird. Diese ermöglicht es Frauen, die darauf angewiesen sind, dass ihr Umfeld nichts von der Schwangerschaft erfährt, unter einem Pseudonym Zugang zu medizinischer Betreuung vor und nach der Entbindung zu erhalten.

Um die Linderung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen geht es SP-Kantonsrätin Pia Ackermann. Sie verlangt mit ihrer Motion gesetzliche Grundlagen für die Abgeltung der ungedeckten Kosten für die Praxisausbildung in nicht-universitären Gesundheitsberufen in Spitälern, Institutionen der Langzeitpflege, ambulanten Praxen sowie Spitex ([KR-Nr. 77/2022](#)). Drei weitere Motionen befassen sich mit der Pflege: Die erste stammt von der Grünen Jeannette Büsser, die fordert, die Anliegen der 2021 vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissenen Pflegeinitiative konsequent umzusetzen und nicht auf Bundesregelungen zu warten ([KR-Nr. 78/2022](#)). Die Arbeitsbedingungen und die Pflegequalität müssten rasch verbessert werden. Mit der zweiten Motion verlangt die FDP eine Überarbeitung der Gesetzgebung zur Pflege ([KR-Nr. 312/2022](#)). Kantonsrat Jörg Kündig gibt die Richtung vor, nämlich eine Stärkung der ambulanten Versorgung, den Miteinbezug pflegender Angehöriger, Anreize für die integrierte Versorgung und die Berücksichtigung neuer Wohnformen. Und auch die SP will die Regierung hier über die Bücher schicken und fordert eine Totalrevision des Pflegegesetzes ([KR-Nr. 450/2022](#)). Kantonsrat Andreas Daurù spricht in der Begründung seiner

Motion teilweise die gleichen Punkte an wie Kündig. Die beiden Vorstösse werden, weil sie ähnlich gelagert sind, gemeinsam behandelt.

Florian Heer (Grüne, Winterthur) 078 912 13 41
Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) 079 749 10 54
Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63
Pia Ackermann (SP, Zürich), 079 774 22 33
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56
Jörg Kündig (FDP, Gossau) 079 412 58 61
Andreas Daurù (SP, Winterthur) 079 360 48 64

Postulate unter anderem zu Freigängerkatzen, Hausärzten und intergeschlechtlichen Kindern

Auch die traktandierten Postulate, die der Kantonsrat voraussichtlich diskutieren wird, lehnt die Regierung ab. Wenn sich aber die Mehrheit des Rates hinter sie stellt, muss die Regierung auch dazu innert zweier Jahre Bericht erstatten. Beim ersten geht es um Freigängerkatzen ([KR-Nr. 208/2021](#)). GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher fordert damit einen Bericht über mögliche Massnahmen gegen die übermässige Vermehrung solcher Katzen, um Tierleid zu verhindern und die Populationen der Beutetiere zu schonen. FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer verlangt vom Regierungsrat Auskunft darüber, mit welchen Massnahmen er die Attraktivität des Hausarztberufs steigern will, damit keine schwerwiegenden Engpässe in der Grundversorgung entstehen ([KR-Nr. 367/2021](#)). Mit einem weiteren Postulat verlangt Ballmer einen Bericht dazu, wie das Projekt «Hospital at Home» des Spitals Zollikerberg im ganzen Kanton umgesetzt werden könnte ([KR-Nr. 415/2021](#)). Dieses Konzept sieht vor, Patientinnen und Patienten mit einer Erkrankung, die üblicherweise eine Hospitalisation erfordert, zu Hause zu therapieren. Es verspricht tiefere Kosten bei gleichbleibender oder sogar besserer Qualität der Versorgung. Der Grüne Florian Heer thematisiert in seinem Postulat die Kreislaufwirtschaft im Gesundheitswesen ([KR-Nr. 384/2021](#)). Er will von der Regierung ein Konzept dazu, wie die Gesundheitsdirektion in ihren Abteilungen und kantonsnahen Betrieben die ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft fördern kann. SP-Kantonsrätin Brigitte Rööslì schliesslich setzt sich für eine bessere psychosoziale Betreuung von intergeschlechtlichen Kindern und ihren Eltern ein ([KR-Nr. 394/2021](#)). Konkret verlangt sie mit ihrem Postulat einen Bericht zu Grundlagen für die Deckung der nicht gedeckten Kosten, die in der Begleitung der Betroffenen entstehen.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47
Bettina Balmer (FDP, Zürich), 077 431 56 52
Florian Heer (Grüne, Winterthur) 078 912 13 41
Brigitte Rööslì (SP, Illnau-Effretikon) 079 753 83 45

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37